



Politik muss Bevölkerung reinen Wein einschenken

Flüchtlingsstrom: GdP kritisiert Personalpolitik bei der Landespolizei – Beabsichtigte Einführung eines Polizeibeauftragten ist Ausdruck tiefen Misstrauens – Von Thomas Gründemann

Kiel/tgr – Mit unmissverständlichen Worten kritisierte der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner öffentlich den Umgang der Landesregierung mit den Folgen des Flüchtlingszustroms für die Landespolizei, aber auch für die schleswig-holsteinische Bevölkerung: „Ich erwarte von der Politik, dass sie der Bevölkerung endlich reinen Wein einschenkt“, so Börner gegenüber der Presse. Der GdP-Chef wies darauf hin, dass immer mehr Polizisten von ihren eigentlichen Aufgaben abgezogen würden, um in Erstaufnahmeeinrichtungen Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten zu schützen. Allein rund 500 Polizeibeschäftigte, Beamte wie Tarifbeschäftigte, würden zur Entlastung des Landesamtes für Ausländerangelegenheiten der „Besonderen Aufbauorganisation Flüchtlinge“ eingesetzt. Und das bleibe nicht ohne gravierende Auswirkungen für die Alltagsarbeit der Polizei, weil das nach Auffassung der GdP ohnehin nicht ausreichende Personal an anderer Stelle fehle.

GdP-Kritik an Personalsituation bestätigt sich

„Spätestens jetzt bestätigt sich die langjährige Kritik der GdP, dass das Personal der Landespolizei auf Kante genäht ist“, unterstrich Manfred Börner. Personelle Defizite müssten in einem unvermeidbaren Maße aus der Substanz der vorhandenen Mitarbeiterschaft kompensiert werden. „Das belastet die Stimmung in der Polizei untereinander“, weiß Börner aus eigener Erfahrung zu berichten. Die GdP habe in den vergangenen Jahren gegenüber der Politik und in der Öffentlichkeit unermüdlich auf die zu dünne Personaldecke bei der Landespolizei hingewiesen. Reagiert worden sei aber nicht. Das räche sich nun. Die



Manfred Börner

Einsicht und Ankündigung der politisch Verantwortlichen, im nächsten Jahr 150 zusätzliche Beamte einzustellen, nehme die GdP zwar mit Genugtuung zur Kenntnis, aber sie komme zu spät und löse aktuelle Probleme nicht. „Schließlich dauert es drei Jahre, bis der Nachwuchs seine Ausbildung beendet habe und der Landespolizei zur Verfügung stehe.“ Deshalb müsse die Politik nun Farbe bekennen und dem Bürger erklären, dass und warum die Polizei nicht mehr so zur Verfügung steht, wie er es gewohnt ist. „Dazu gehört auch, dass

Menschen bei Anrufen bei der Polizei auch mal warten müssen“, so Manfred Börner.

Grenzen der Belastung sind überschritten

Die dienstlichen Belastungen der Polizistinnen und Polizisten seien besorgniserregend, Grenzen bereits überschritten. So habe eine Anfrage des FDP-Fraktionsvorsitzenden Kubicki an die Landesregierung ergeben, dass Schleswig-Holsteins Polizisten alleine schon bis zum Stichtag 30. September 383 000 Überstunden angehäuft hätten, berichtet der GdP-Vorsitzende. Bis Ende des Jahres würden so etwa eine halbe Million Stunden zusammenkommen.

Die Entscheidung, die Prävention und die Verkehrsüberwachung bis auf Weiteres ruhen zu lassen, sei auch nicht der große Wurf. Börner zeigte die Folgen auf: „Damit wird es an den Schulen auch keine Verkehrslehrer mehr geben. Und auch Verkehrskontrollen würden nicht mehr durchgeführt. Das ist mit Blick auf die Verkehrssicherheit mehr als bedenklich.“

Fortsetzung auf Seite 2


 Im Namen des Landesvorstandes, der Geschäftsstelle und der Redaktion wünschen wir allen Mitgliedern, ihren Familienangehörigen sowie Freunden und Geschäftspartnern der GdP eine ruhige Adventszeit, schöne Weihnachten und einen besinnlichen Jahresabschluss!
 

Manfred Börner Landesvorsitzender
 Karl-Hermann Rehr Landesgeschäftsführer
 Thomas Gründemann Redakteur




Fortsetzung von Seite 1

Sorgen machte sich der GdP-Landesvorsitzende ebenso um die Bekämpfung der Einbruchskriminalität, die ohnehin aufgrund personeller Nöte nicht in dem erforderlichen Maße möglich sei und durch die aktuellen Entwicklung noch weiter reduziert werden müsse: „Für diese Aufgabe benötigen wir entsprechendes Fahnungspersonal, denn Einbrecher fängt man nicht so nebenbei. Das steht uns aber nicht zur Verfügung“, erklärt Manfred Börner. Losgelöst von den momentanen Kraftanstrengungen im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszustrom müssten wesentliche Aufgaben der Landespolizei unbedingt weiter erledigt werden können. „Die Stimmung in der Gesellschaft könnte sonst sehr schnell

kippen, wenn der Staat Aufgaben der Inneren Sicherheit nicht mehr ausreichend wahrnehmen kann“, unterstreicht der GdP-Landesvorsitzende. Um bei der Bevölkerung keine falschen Erwartungen zu wecken, müssten die politisch Verantwortlichen auch hier mit offenen Karten spielen.

Manfred Börner unterstrich, dass im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsstrom Kriminalitätsentwicklungen sowie herausragende Einzelfälle der Öffentlichkeit weder verheimlicht noch dramatisiert werden dürften. Ansonsten wachse das Misstrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die richtige Balance zu finden, sei eine schwierige Aufgabe. „Hier gilt es, nach Außen eine möglichst objektive Darstellung durch die Landespolizei beziehungsweise durch das Innenministerium sicherzustellen“, sagte Börner. Dabei komme allerdings auch den Medien eine herausragende und verantwortungsvolle Bedeutung bei. Aktuelle Bewertungen würden aufzeigen, dass für die überwiegende Mehrheit der Kriegsflüchtlinge noch keine besonderen Auffälligkeiten im Sinne eines kriminellen Verhaltens festzustellen seien, so Manfred Börner. Sollte sich daran etwas ändern, würden wiederum neue Herausforderungen auf die Landespolizei zukommen. Dies sei insbesondere der Fall, wenn absehbar die Anzahl oder auch die Intensität von gewaltsamen Auseinandersetzungen und Machtkämpfen zunähme. Die dauerhafte Unterbringung der leidgeprüften und beunruhigten Flüchtlinge in großen Massenunterkünften lasse einen „Lagerkoller“ und damit Auseinandersetzungen als Ventil befürchten. Aber auch Neid sowie Verteilungskämpfe untereinander verschärfen die Atmosphäre in den Unterkünften.

Verhalten der Polizei beeindruckt

„Es ist aber schon beeindruckend, wie sich die Kolleginnen und Kollegen im Zusammenhang mit der prekären Flüchtlingssituation verhalten, sei es in der BAO, in den neu eingerichteten Stationen der Unterkünfte oder von den polizeilichen Einsatzkräften, die auf den Dienststellen das Fehl an Personal zu kompensieren hätten. Die anerkennenden Worte des Ministerpräsidenten anlässlich

der Vereidigung der neuen Dienstfänger in der PD AFB seien treffend und eine Vertrauensbekundung an die Landespolizei gewesen (die DP berichtete in der letzten Ausgabe). Von daher überrascht und verärgert der aktuelle Vorstoß des Grünen Burghardt Peters, der die Einführung eines Polizeibeauftragten vorantreibt, kritisierte GdP-Landesgeschäftsführer Karl-Hermann Rehr die Initiative als völlig unnötig. Wer zum jetzigen Zeitpunkt – die Polizei steht in der höchsten Belastungsphase seit Jahrzehnten – nach einem Polizeibeauftragten rufe, habe die Funktionsfähigkeit von Polizei und der Landesverwaltung nicht verstanden. Es reihe sich ein in die grünen Vorhaben von Kennzeichnung einzelner Polizeibeamter und ganzer Einheiten und den gewünschten Demonstrationsbeobachtern.

Forderung nach Polizeibeauftragten ist Ausdruck tiefen Misstrauens

„Die GdP hält einen Polizeibeauftragten für den Ausdruck tiefen Misstrauens des grünen Koalitionspartners in der Regierungskoalition gegenüber der Polizei“, sagt Manfred Börner. Die Polizei sei ein Spiegelbild der Gesellschaft. Es gebe auch hier, wenn auch wenige und vereinzelt „schwarze Schafe“. Bisher hätten aber Strafjustiz, Disziplinarrecht und eine funktionierende Personalvertretung



für eine effektive „Selbstreinigung“ gesorgt. Rehr (Foto) wütend: „Noch ist der Personalabbau der Landespolizei nicht vom Tisch. In diesem Atemzug mit einem neuen Polizei-

beauftragten zu kommen, mutet geradezu frivol an.“ Und Manfred Börner setzt darauf, dass sich die Landesregierung eines Besseren belehren lässt und von diesem von den Grünen angezetteltem Vorhaben Abstand nimmt: „Die Beschäftigten der Landespolizei und mit ihr die GdP hoffen auch in diesem Punkt vor allem auf Rückenstärkung von Ministerpräsident Torsten Albig und unserem obersten Dienstherrn Innenminister Stefan Studt!“

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 1/2016:
Dienstag, 1. Dezember 2015



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:

Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp.schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



LANDESFACHAUSSCHUSS SCHUTZPOLIZEI**GdP im Gespräch mit LPA 24**

Kiel – Zu einem Gespräch traf sich Mitte Oktober Sven Neumann, der Vorsitzende des GdP-„Landesfachausschusses Schutzpolizei“, mit Vertretern des LPA 24. Hintergrund des Austauschs war die letzte Fachausschusssitzung, in der unter anderem auch das Thema „Digitaler Streifenwagen“ Gegenstand der Erörterung gewesen war (DP berichtete). Bernd Koop, der Leiter der Koordinierenden Stelle, hatte vor diesem Hintergrund zu dem Gedankenaustausch ins LPA eingeladen.

Dabei wurde deutlich, dass sich die Landespolizei sehr intensiv mit dem Thema „Digitaler Streifenwagen“ auseinandersetzt. Hierbei werden auch Themen wie die Videoübertragung aus dem Streifenwagen an die RLS und mobile Abfragemöglichkeiten erörtert. Vor dem Hintergrund der Kosten, die mit einem solchen Projekt verbunden sind, wird es zu einer Umsetzung in SH nur in kleinen Schritten kommen können. Dabei muss auch die Netzsicherheit und die Nutzbarkeit in Großschadenslagen intensiv betrachtet werden. Hierzu finden auf bundesdeutscher Ebene zurzeit Koordinierungen statt.

In Schleswig-Holstein werden in naher Zukunft neue Fahrzeuge der Firma VW ausgeliefert. Dort wird es eine Schnittstelle zwischen dem verbauten Navigationsgerät und dem Digitalfunkgerät der Landespolizei geben. So werden dann auf dem großen Display des Fahrzeuges der Einsatzort und der Einsatzanlass dargestellt. Über dieses Display wird auch der Zugriff auf die Sondersignalanlagen möglich sein.

In der Besprechung wurde auch anhand von konkreten Beispielen über Funkprobleme in der Kieler Innenstadt berichtet. Durch das LPA wurde zugesagt, dass ab der 43. KW eine Netzmesung im Bereich der RLS Mitte durchgeführt wird. In etwa drei Wochen soll der gesamte Bereich mit Messfahrzeugen abgefahren werden. Anhand dieser Messungen sollen dann Funklöcher lokalisiert werden. Von der Messung bis zur Behebung dieser Funklöcher kann aber bis zu ein Jahr vergehen, da die Landespolizei auf die Zuarbeit von externen Firmen angewiesen ist. Die angesprochenen Funklöcher in der Kieler Innenstadt werden durch das LPA besonders benannt und explizit überprüft.

Ein weiteres Thema war die Versorgung der RLS mit neuen Headsets.



Durch Mitarbeiter der RLS wurden diese zum Teil kritisiert. Hier sagte das LPA eine Evaluierung des neuen Gerätes zu. Neben den Themen des Landesfachausschusses sprachen die Mitarbeiter aber auch eigene „Gewerkschaftsthemen“ an. Natürlich wurde erneut der Stellenabbau innerhalb des LPA kritisch erörtert. Zwischen den Mitarbeitern des LPA und der GdP bestand Einigkeit, dass der Stellenabbau in der Lan-

despolizei ein politischer Fehler ist. Insbesondere wurden hier auch die Gefahren genannt, die bestehen, wenn Stellen im Bereich der IT eingespart werden sollen.

1/3 der Stellen werden im Bereich der Koordinierenden Stelle abgebaut. Die Arbeitsanforderungen für die verbleibenden Mitarbeiter werden sich drastisch ändern. In Zukunft wird nicht mehr die Arbeit am „Kunden“ im Vordergrund stehen, sondern das Controlling der externen Anbieter. Hier wird das LPA gefordert sein, die Anbieter auf deren Arbeitsqualität zu beraten. Hier stellen sich für die Mitarbeiter völlig neue Anforderungen, die sich auch in den Stellenbewertungen widerspiegeln müssen.

Hier wird sich die GdP für die Belange der Mitarbeiter einsetzen.

Gerhard Hamm †

Die Gewerkschaft der Polizei trauert um Gerhard Hamm. Das Gründungsmitglied des GdP-Landesbezirks verstarb am 18. Oktober im Alter von 93 Jahren.

Wir als Organisation haben dem Verstorbenen viel zu verdanken. Er führte u. a. die damalige Kreisgruppe Pinneberg und war auch im Geschäftsführenden Landesvorstand als Stellvertretender Kassierer.

Gerhart Hamm gehörte dem ersten Anwärterlehrgang an, der am 23. November 1945 (!!) in Flensburg-Mürwik begann. Über verschiedene Stationen gelangte er schließlich nach Pinneberg, wo er zuletzt für die Inspektion Chef der Kriminalpolizei war.

Gerhart Hamm hat sich stets um die Gründung einer Interessenvertretung für die Polizei bemüht. (Bis 1948 verhinderten die britischen Alliierten die Gründung einer Berufsvereinigung. Doch dann – nach zähen Verhandlungen – kam die Genehmigung.) Die erste „Vorläufer“-Vorstandssitzung, die den Gründungsdelegiertentag (fand im Dezember

1948 statt) vorbereiten sollte, fand am 9. Juli 1948 in Kiel statt. Hier wurde beschlossen, dass ab sofort Mitglieder aufgenommen werden.

Hamm trat sogleich der GdP bei. In unserer Mitgliederverwaltung ist als Eintrittsmonat „August 1948“ vermerkt. Der Verstorbene hat eine ganze „Polizeidynastie“ hinterlassen, an deren Spitze wohl der frühere Landespo-



Archivfoto: Thomas Gründemann

lizeidirektor Burkhard Hamm vielen bekannt sein dürfte.

Gerhart Hamm hinterlässt seine Ehefrau und zwei Kinder. Unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen.

Der GdP-Landesvorstand



Einladung!

AFB und Lübeck-Ostholstein
Senioren-Adventskaffee am Montag, 7. Dezember 2015, 15 Uhr, PD AFB, Polizeikasino, Hubertushöhe. Persönliche Einladung folgt noch.

Kiel-Plön
Skat- und Knobelabend am Mittwoch, 16. Dezember 2015, 18 Uhr, Restaurant AM POSTHORN, Eckernförder Straße 217, 24119 Kiel, Tel. 04 31-54 23 52. Es besteht die Möglichkeit, ab 18 Uhr im Restaurant Abendessen einzunehmen. Die Spiele starten gegen 19 Uhr. Einsatz für GdP-Mitglieder 5 €, Nichtmitglieder 7 €. Meldungen bitte an den Kollegen Michael Tietgen, PBR Kiel, Tel.: 1 60 5 12, E-Mail: michael.tietgen@polizei.landsh.de, oder Michael (Ede) Strauß, 1. PR Kiel, Tel. 1 60 11 28, E-Mail: Michael.Strauss@polizei.landsh.de

Lübeck-Ostholstein
Senioren-Adventskaffee am Donnerstag, 3. Dezember 2015, 15 Uhr, in der Handwerkskammer Lübeck, Brei-

te Straße 10/12, 23552 Lübeck. Anmeldungen bitte an Jörn Löwenstrom, Tel. 04 51-1 31 20 70, Günter Bade, Tel. 04 51-4 81 22 63, oder info@gdp-hl-oh.de

GdP-Senioren treffen sich jeden **ersten Montag im Monat um 15 Uhr** im *DGB-Haus Lübeck, Holstentropplatz 1 – 5, 2. Etage.*

Nordfriesland
Adventskaffee für Seniorinnen und Senioren am Donnerstag, 10. Dezember 2015, 14.30 Uhr, in der *Gaststätte CARSTENS, Hauptstraße 28, Horstedt, Tel. 0 48 46-15 51.* Frank Poster wird über die Landesseniorenarbeit im GLV informieren sowie Stefan Lukas über Aktuelles in der Regionalgruppe berichten. Klönschnack soll nicht zu kurz kommen. Nach Kaffee und Kuchen mit vorweihnachtlicher Überraschung wird zum begehrten Verspielen (Lotto) übergegangen. Partner/innen sind herzlich willkommen. Anmeldungen bitte an Horst Wendorff, Tel. 0 48

41-7 51 44 oder 01 57-74 17 49 22, E-Mail: Horst.Wendorff@gmail.com, oder Stefan Lukas, Tel. 0 48 41-83 02 11, E-Mail: Stefan.Lukas@polizei.landsh.de

Schleswig-Holstein Mitte
Bereich Neumünster
– Seniorengruppe –
Advents-Kaffee am Mittwoch, 9. Dezember 2015, 14.30 Uhr, im *Restaurant Friesenstube, (im Haus Hog'n Dor), Klaus-Groth-Straße 37, Neumünster.* Anmeldungen bitte unbedingt bis 7. Dezember 2015 bei Lisa Grützmann, Tel. 0 43 21-2 25 16.

Traditionelle Adventsfeier, insbesondere für Seniorinnen, Senioren und Hinterbliebene am Mittwoch, 9. Dezember 2015, 15 Uhr, im *Schützenheim am Kanal, Itzehoer Chaussee 2, Westerrönfeld.* Anmeldungen bitte an Uwe Jansen, Tel. 0 43 31-8 05 67, Peter Petersen, Tel. 0 43 51-4 44 09, oder Ulrich Bahr, Tel. 0 43 21-9 45 20 04.



INTERVIEW

„Kanacke“ von Nazis hört man häufig

Kiel/Eutin – Seit 1994 werden bei der Landespolizei auch Bewerberinnen und Bewerber mit ausländischer Herkunft eingestellt. Insgesamt sind es seither 172 Nachwuchskräfte mit unterschiedlicher Nationalität. Das Gros stellt die Türkei mit 57 Bewerbern, gefolgt von Polen mit 27 sowie Kasachstan mit 17 und Russland mit 15 Nachwuchskräften. Unter denen, die mit ausländischer Herkunft bei der Landespolizei eingestiegen sind, befindet sich auch Yavuz Yilmaz. Der Schutzpolizist ist einer der ersten, der beruflich den Weg zur Landespolizei fand. Vor zwei Jahrzehnten begann der 38-Jährige seine Ausbildung in der PD AFB auf der Hubertushöhe.

DP-Landesredakteur Thomas Gründemann sprach mit dem Kieler Schutzpolizisten über seine dienstlichen Erfahrungen.

Was hat dich bewogen, Polizist in SH zu werden?

Das Interesse an der Polizei war schon immer groß. Als sich die Schule langsam dem Ende neigte, stand der Beruf Polizist auch auf meiner Liste. Es kam der Umstand hinzu, dass ab 1994 auch „Ausländer“ ohne deutsche Staatsangehörigkeit genommen wurden. Und als waschechter „Kieler Jung“ kam auch nur SH infrage.

Seit wann bist du Polizist, und wo warst du bislang dienstlich?

Angefangen hat es in Eutin im August 1995, also vor über 20 Jahren. Nach Ende der Ausbildung ging es im Rahmen des Bäder(ersatz)dienstes nach Kiel in den Streifendienst. Im Laufe meiner beruflichen Tätigkeit war ich auf einigen Dienststellen in Kiel, alles wunschgemäß. Dann habe ich die Chance genutzt, um von 2009 bis 2011 meinen Aufstieg in Altenholz zu absolvieren. Seit dem Abschluss verseehe ich meinen Dienst auf dem 4. Polizeirevier in Kiel. Also alles unspektakulär.

Hast du während deines Dienstes bei der Landespolizei Ressentiments wegen deiner Herkunft verspürt?

Also, wenn ich jetzt nein sagen würde, dann würde man es mir nicht ganz glauben. Im Ernst – es gab zu Beginn meiner dienstlichen Tätigkeit immer mal solche Situationen, in denen man es gemerkt hat, und zwar als subjektive Empfindung. Direkt zu hören bekommen habe ich es allerdings nie. Alles im allem ist es, bei mir zumindest, durch-

weg positiv gelaufen. Es ist im Laufe der Jahre aber auch Normalität geworden.

Hast du während eines Einsatzes bei der Landespolizei beim Umgang mit dem Bürger Ressentiments wegen deiner Herkunft verspürt oder bist du gar angepöbelt worden?

Diese Frage zu beantworten würde wahrscheinlich Seiten füllen. Kurz und knapp - ja und nicht zu knapp! Als kurze knappe Beispiele fällt mir ein: Die häusliche Gewalt bei türkischstämmigen bzw. muslimischen Familien. Als sich der Einsatz beruhigt hat und neben der Polizei auch schon die Familienoberhäupter anwesend waren, wird meist der männliche Auslöser in Schutz genommen. Man teilte mir häufig mit, dass ich doch weiß, wie es läuft und man solle die Sache vergessen oder gar ignorieren. Man versucht häufig, auf mich einzuwirken und auf die traditionelle Schiene hinzuweisen. Aber es gilt: Tradition ist schön und gut, aber wenn man uns als Polizei gerufen hat, bestimmen wir die Spielregeln, die in diesen Fällen in der Regel in Form einer Anzeige oder anderen Konsequenzen enden. Es wird aber auch bei vielen anderen Einsätzen häufig versucht, Einfluss zu nehmen, da „man ja einer von ihnen sei“. Es gibt auch genug Einsätze, bei denen Nazis involviert sind. Man bekommt häufig „Kanacke“ oder gar „scheiß Türke/Ausländer“ zu hören. Aber meist muss man über diesen Dingen stehen, ich tue es jedenfalls. Beleidigt fühle ich mich aber fast nie von solchen Schwachköpfen. Angepöbelt wird man häufig. Ob dies aber auf die Herkunft zurückzuführen ist, ist schwer zu sagen. Ich denke von allem etwas. Aber immer mal kommt es vor, dass man als Verräter betitelt wird (Anm. Die Ehre ist in südlichen Ländern fast mit dem Leben/körperlicher Unversehrtheit gleichzusetzen).

Wäre die Schaffung eines Migrationsbeauftragten bei der Landespolizei sinnvoll und warum?

Es gibt beispielsweise Gleichstellungs- und Schwerbehindertenbeauftragte. Warum sollte es dann nicht



Thomas Gründemann (l.) und Yavuz Yilmaz

auch einen Migrationsbeauftragten geben? Es wird immer gefordert, dass wir mehr Personal mit Migrationshintergrund brauchen. Noch immer ist dieser Teil in der deutlichen Minderheit. Es gibt aber nirgends eine Stelle oder Institution, die sich für deren Belange einsetzt. Jeder Einzelne wird im Regen stehengelassen und muss sich selbst um seine Angelegenheiten kümmern. Hier denke ich an die spezielle Verpflegung und dienstfrei bei religiösen Feiertagen. Ob diese immer wiederkehrenden Probleme auf höchster Ebene ankommen oder gar bekannt sind, bezweifle ich. So könnte ich noch viele weitere Argumente benennen, aber auch das würde hier den Rahmen sprengen.

Brauchen wir mehr Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund? Wenn ja, warum und wo?

Ob wir mehr brauchen oder nicht, kann ich nicht bewerten, da ich die Zahlen nicht kenne. Gefühlt sind wir bei der Landespolizei aber auf dem richtigen Wege. Brauchen tun wir sie immer, denn sie können hervorragend polizeiliche Einsätze bewältigen, bei denen „Ausländer“ involviert sind. Sie kennen die Kultur oder das Temperament. Daher halt ich persönlich es für sehr sinnvoll. Aktuell beim Einsatz im Bereich der Flüchtlingsproblematik/-heime.

Allerdings sollten die Kolleginnen und Kollegen auch da eingesetzt werden, wo sie benötigt werden. Alles andere wäre Perlen vor die Säue werfen. Aber man sollte auch respektieren, wenn der eine oder andere aus bestimmten Gründen irgendwo nicht Dienst verrichten will. Hier wären wir wieder bei der Frage nach einem Migrationsbeauftragten.



Bulli-Club spendete für verletzte Polizisten

Spendensammlung nach einer von der Polizei begleiteten Ausfahrt von 60 LLE-T3-Bullis erbrachte 2500 Euro – Von Thomas Gründemann

Kiel/tgr – „Das ist eine tolle Aktion. Und auch mal was ganz anderes“, war Klaus Schlie, Vorsitzender des Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not e. V. (HUPF), über eine Geldspende in Höhe von 2500 Euro beeindruckt. Bei diesem Geldbetrag zugunsten des Hilfsfonds handelte es sich um den Erlös einer Spenden-sammlung, die vom Bulli-Club „LLE-Kartei“ unter den Mitgliedern initiiert worden war.

Der Rohreiniger Joachim Merker steht dem Club vor und überreichte Schlie kürzlich den Spendenbetrag. Merker organisiert seit 21 Jahren für Mitglieder des Bulli-Clubs Treffen, und das bundesweit. Zum ersten Mal war Ende August Schleswig-Holstein der Ort für die Zusammenkunft und eine gemeinsame Ausfahrt, an der sich rund 60 VW-Busse der „T3 Limited Last Edition“ mit Heckmotor und dem über den Vorderrädern sitzenden Fahrer beteiligten. Von Borgdorf-Seedorf nach Laboe und zurück verlief die Tour, für die eine Polizeibegleitung benötigt wurde. Polizeikommissar Kersten Schwabe vom Polizei-Autobahn- und Bezirksrevier Bad Segeberg, der seit vergangenen Jahres ebenfalls Mitglied der Interessengemeinschaft ist, wurde aktiv und konnte auf seiner Dienststelle problemlos Kollegen für diese Begleitaktion gewinnen. Die meisten hätten es freiwillig getan, seien sogar im Ur-

laub oder aus dem Dienstfrei eingesprungen, um die sehenswerte Kolonne über den Tag zu eskortieren. „Das ist schließlich eine gute Gelegenheit gewesen, sich mal als Polizei ‚zum Anfassen‘ zu präsentieren. Gerade vor dem Hintergrund unserer schwierigen Personalsituation ist dies nur selten möglich“, erklärte

der 32-Jährige, der sich im Juli 2014 ebenfalls einen limitierten VW-Bus T3 mit einer Fahrleistung von 177 000 Kilometern leistete. Acht Kinder von Clubmitgliedern sei ebenfalls ein unvergesslicher Tag bereitet worden, denen eine Mitfahrt im Polizeifahrzeug ermöglicht wurde. Auch das Medieninteresse an dem Bulli-Treffen sei bemerkenswert gewesen, zeigt sich Schwabe beeindruckt. Von Merker sei er anschließend gefragt worden, wie sich der Club für die umsichtige und engagierte Begleitung bei der Polizei bedanken könne. Eine Spende an die Ordnungshüter wäre nicht zulässig gewesen. Darauf sei ihm die Idee mit HUPF gekommen, berichtet Schwabe. Dieser Vorschlag sei von Merker und Co. mit Begeisterung aufgenommen worden. Noch am Tage der Tour habe der Club eine



Joachim Merker (l.) und Kersten Schwabe (r.) bei der Scheckübergabe an Klaus Schlie.

Foto: Thomas Gründemann

Spendensammlung unter den Kolonenteilnehmern vorgenommen. „Die 2500 Euro sind dann auch schnell zusammen gekommen, einige haben sogar einen Hundert-Euro-Schein gespendet“, erklärte Merker strahlend.

Die Spenden für den Hilfs- und Unterstützungsfonds um den Vorsitzenden Klaus Schlie kommen Polizistinnen und Polizisten zugute, die bei gewalttätigen Angriffen im Dienst verletzt wurden. „Allein im vergangenen Jahr habe es in Schleswig-Holstein 1174 Attacken auf Polizisten im Einsatz gegeben. Insgesamt wurden dabei 363 Beamteninnen und Beamte verletzt“, berichtete Karl-Hermann Rehr, Schatzmeister des HUPF und zugleich Geschäftsführer der GdP, auf deren Initiative der Fonds 2002 ins Leben gerufen worden war.

Wir gedenken unserer verstorbenen Kolleginnen und Kollegen

Heinz Rätzke, 93 Jahre
Regionalgruppe AFB
Elly Braungard, 84 Jahre
Rosemarie Flohr, 87 Jahre
Herbert Gerlach, 86 Jahre
Regionalgruppe Kiel-Plön
Dora Läuter, 96 Jahre
Regionalgruppe
Lauenburg-Stormarn
Egon Bohm, 86 Jahre
Fritz Bunge, 93 Jahre
Uwe Günzler, 81 Jahre
Günter Schlichting, 87 Jahre
Günter Stoyke, 73 Jahre

Karl Trunzer, 72 Jahre
Erna Wichert, 87 Jahre
Helmut Wolf, 84 Jahre
Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein
Horst Buchholz, 75 Jahre
Klaus Cornils, 59 Jahre
Regionalgruppe Nordfriesland
Peter Hansen, 58 Jahre
Rolf Madsen, 74 Jahre
Ernst Meier, 77 Jahre
Fritz Schneider, 77 Jahre
Regionalgruppe
Schleswig-Flensburg
Günter Ott, 72 Jahre

Oliver Schwee, 46 Jahre
Borghild Siedentopp, 73 Jahre
Rita Wolf, 89 Jahre
Regionalgruppe
Schleswig-Holstein Mitte
Bruno Buscher, 92 Jahre
Gabriele Clausen, 95 Jahre
Gerhart Hamm, 93 Jahre
Regionalgruppe
Segeberg-Pinneberg
Max Hinz, 92 Jahre
Rolf Nagel, 85 Jahre
Regionalgruppe
Steinburg-Dithmarschen





Mecklenburg-Vorpommern

„Zeit zu Zweit“ im Schlosshotel Basthorst**** in Crivitz

TUI Wellness, Seite 94, Anreise z.B. vom 02.11.2015 - 31.10.2016 möglich

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer inkl. Frühstücksbuffet
- 1 x Abendessen
- 1 x Candlelight-Dinner
- 1 x Schwannenbad für 2 Personen
- 1 x Kopf- und Gesichtsmassage oder Rückenmassage

ab 216 € p.P.



Rügen

„Bernstein-Romantik“ im Hotel

Bernstein****+ in Sellin Neckermann Care, Seite 50, Anreise z.B. vom

02.01.-24.06.2016 oder 07.09. bis 29.11.2016 möglich

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer oder Appartement inkl. Frühstück
- 1 x Candlelight-Dinner
- 1 x gemeinsames Original Rügener Dreikronen Heilkreideschlammbad in der Bernsteinrotte (ca. 45 min)

ab 183 € p.P.

Mecklenburg-Vorpommern

„Zeit zu Zweit“ im Wyndham HanseDom**** in Stralsund

TUI Wellness, Seite 90, Anreise täglich 03.01. - 31.10.2016

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer inkl. Frühstück
- 1 x 4-Gang-Candlelight-Dinner inkl. 1 Glas Sekt
- 1 x Hamam-Ritual zu zweit in Eigenanwendung (ca. 90 min)
- Nutzung des HanseDom

179 € p.P.



PSW-Reisen
Schleswig-Holstein GmbH

Information und Buchung:

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Str. 22
24116 Kiel
Fon 0431 - 17093
Fax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Str. 2
23560 Lübeck
Fon 0451 - 502 17 36
Fax 0451 - 502 17 58
psw-reisen.luebeck@t-online.de



psw-tours.de

Rügen

„Romantische Zeit“ Kur- & Wellnesshotel Mönchsgut****+,

Göhren

Neckermann Care, Seite 52, Anreise täglich vom 03.01. - 29.10.2016 möglich

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer inkl. Frühstück
- 1 x Begrüßungscocktail
- 1 x 4-Gang-Candlelight-Dinner
- 1 x Vital-Rückenmassage mit Aroma-Rosenöl (ca. 30 min)

ab 179 € p.P.

Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.



Und was sonst noch so war ...

6. Oktober

Obwohl noch recht früh, steht das traditionelle Sicherheitstraining der GdP für Motorradfahrerinnen und -fahrer im Frühjahr schon fest: Samstag, 9. April 2016, 9 bis ca. 17 Uhr, ADAC-Fahrsicherheitsanlage Boksee, für max. 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Der Eigenanteil beträgt für GdP-Mitglieder 40 €, Nichtmitglieder zahlen 110 €.

19. Oktober

Hans-Jürgen Marker, beim Bundesvorstand unter anderem zuständig für Arbeitssicherheit, weist uns heute auf aktuelle Informationen zum Thema „Tonerstaub“ hin. Laserdrucker und Kopiergeräte, vereinzelt auch Fax, gehören zum Büroalltag und fallen unter Verursacher von Feinstäuben. Eine neue Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) widmete sich diesem Thema und kommt zu folgendem Ergebnis: Nach Einschätzung der BAuA ergeben sich aus diesen Emissionen generell keine **relevanten Risiken**, die für eine Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz zu berücksichtigen wären. Auch durch die wissenschaftliche Literatur lassen sich bisher keine stofflich bedingten Erkrankungen beim Menschen durch Emissionen aus Laserdruckern und Kopiergeräten nachweisen. Generell sind die vorhandenen Mengen der ausgestoßenen stofflichen Komponenten zu gering. Klare Hinweise aus Feld- oder Fallstudien liegen weder für die Entstehung einer Sensibilisierung noch für die Auslösung einer allergischen Reaktion bei bereits vorerkrankten Personen vor.

29. Oktober

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki hat die Landesregierung (wieder einmal) zum Thema Überstunden und Mehrarbeit bei der Landespolizei befragt. Ungewöhnlich deshalb, weil das Jahr noch nicht abgeschlossen ist; dennoch aber hoch interessant, weil eine Tendenz auf dem Hintergrund der Flüchtlingskrise für die ersten neun Monate des Jahres ablesbar ist. Im Folgenden gehen wir drei Fragen und die Antworten des Innenministeriums wieder.

Wie hat sich die Zahl der Überstunden und der finanziell vergütbaren Mehrarbeit in den Jahren 2011 bis 2015 entwickelt?

Antwort:

Die Zahl der Überstunden und finanziell vergütbarer Mehrarbeit hat sich in den Jahren 2012 bis 2014 (Stand jeweils 31. 12.) und 2015 (Stand 30. 09.) wie folgt entwickelt:

Jahr	Stunden			
2012	276 643	67 685	344 328	
2013	267 861	64 357	332 218	
2014	276 658	81 288	357 946	
2015	270 871	112 156	383 027	

Wie viele Mehrarbeitsstunden wurden im Jahr 2015 vergütet? Welche Kosten sind für die Vergütung angefallen? Wie hat sich die Zahl der vergüteten Mehrarbeitsstunden in den Jahren 2011 bis 2015 entwickelt?

Antwort:

Die Vergütung der Mehrarbeit 2015 befindet sich aktuell in der Bearbeitung. Insgesamt werden bis jetzt 83 309 Stunden finanziell vergütet. Es entstehen dafür Kosten in Höhe von 1 482 630,02 €.

Entwicklung der vergüteten Mehrarbeitsstunden:

Jahr	Stunden
2011	31 622
2012	35 393
2013	29 566
2014	26 623
2015	83 309

Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, ob im Jahr 2015 bei der Landespolizei Arbeitszeiten von Beamtinnen oder Beamten gegen die Arbeitszeitschutzbestimmungen der Arbeitszeitverordnung (SH AZVO) verstoßen haben? Wenn ja, welche?

Antwort:

Verstöße gegen die Arbeitszeitverordnung im Sinne von Rechtsverstößen sind der Landesregierung nicht bekannt. Systemisch ist es 2015 einsatzbedingt zu Überschreitungen der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit nach § 2 AZVO gekommen.

1. November

Im Landesteil Berlin geht es in der November-Ausgabe unter anderem um das Kinderpflegekrankengeld. Wenn Kinder krank sind, brauchen sie Mama oder Papa. Dann haben Eltern von Kindern unter zwölf Jahren gemäß § 45 SGB V für die Pflege des erkrankten Kindes Anspruch auf Frei-

stellung von der Arbeit. Voraussetzung dafür ist, dass ein ärztliches Attest vorliegt und kein anderes Mitglied des Haushalts die Pflege übernehmen kann. Für jedes Kind können bis zu zehn Arbeitstage pro Elternteil in Anspruch genommen werden, bei allein erziehenden Versicherten sind es bis zu 20 Arbeitstage. Bei mehreren Kindern erhöht sich dieser Anspruch auf bis zu 25, bei Alleinerziehenden bis zu 50 Arbeitstage je Kalenderjahr.

Wer für diese Zeit kein Einkommen hat, hat Anspruch auf Kinderpflegekrankengeld.

Beispiel:

Das kranke Kind muss drei Tage betreut werden.

Tatsächlich anfallendes Bruttoarbeitsentgelt:

300 € = 100 € pro Tag

Tatsächlich anfallendes Nettoarbeitsentgelt:

210 € = 70 € pro Tag

Eine Einmalzahlung wurde gezahlt. Das Kinderpflegekrankengeld bleibt also unverändert bei 210 € = 100 Prozent

Von diesem Kinderpflegekrankengeld müssen nun die Sozialversicherungsbeiträge abgezogen werden:

-Rentenversicherung, ca. 20 €

-Arbeitslosenversicherung, ca. 3 €

-Pflegeversicherung, ca. 2 €

Auszahlung: ca. 185 €

2. November

Ich unterhalte mich heute mit einem Angehörigen des höheren Dienstes über die anstehende Rotation und Stellenbesetzungsverfahren für diese Laufbahngruppe. Ohne auf Personen und Funktionen einzugehen, ist die Konsequenz aus der fortschreitenden Zentralisierung der Landespolizei deutlich: Nur sechs Dienstposten des höheren Dienstes der Landespolizei sind nördlich des Kanals angesiedelt. Das ist eben auch eine Konsequenz ...

3. November

Wir sind offensichtlich beliebt. Zum 1. August 2015 wurden 213 Dienstanfängerinnen und Dienstanfänger bei der Landespolizei eingestellt. Mit Datum von heute haben wir knapp 160 Anwärterinnen und Anwärter in unseren Mitgliederlisten als GdP-Mitglied notiert. 75%! Ein toller Erfolg! Dank allen, die daran mitgewirkt haben, unsere GdP überzeugend als wichtige Organisation für Polizeibesetzte darzustellen.

